

Im Auftrag der Gerechtigkeit Leitantrag 008

5 Aufgabe der Politik ist es, die Gesellschaft weiterzuentwickeln, neue Handlungswege aufzuzeigen und einzuschlagen, um eine gerechte Welt zu schaffen. Die Große Koalition hat sich aber zum Sachstandsverwalter gesellschaftlichen Stillstands erklärt, indem sie politisches Handeln als „gute“ Verwaltung und politisches Wirken als Medienspektakel inszeniert. Wir als sozialistischer und feministischer
10 Richtungsverband geben uns aber nicht damit zufrieden, die herrschende Ungerechtigkeit nur zu verwalten, um den sozialen Frieden äußerlich aufrecht zu erhalten. Wir wollen für eine soziale, friedliche und gerechte Welt kämpfen – für den demokratischen Sozialismus.

15 Der Morgen stirbt nie

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte. Ihnen wollen wir durch unser Engagement Leben einhauchen. Dabei ist es wichtig, dass wir uns nicht auf Tagespolitik beschränken lassen. Wir wollen für die Vision einer Zukunft kämpfen, in der soziale Gerechtigkeit Realität wird und in der es für die Menschen
20 möglich wird, solidarisch miteinander umzugehen. Dafür ist es nötig, die Ungerechtigkeit in der Welt nicht zu verschweigen, sondern sie laut auszusprechen. Zwei Bereiche gilt es dabei besonders hervorzuheben. Der erste ist die Ungerechtigkeit wie sie im Arbeitsleben besonders jungen Menschen deutlich erfahrbar wird. Ein Niedriglohnsektor, der in Deutschland mittlerweile 22 Prozent aller
25 Beschäftigten umfasst und dessen herausstechendste Merkmale unter den großen Industrienationen eine besonders geringe Entlohnung und minimale Aufstiegschancen sind, zeigt die Zerrissenheit der Erwerbswelt, die besonders junge Menschen – und darunter insbesondere Frauen – erleiden müssen. Das „Ende des Normalarbeitsverhältnisses“ in seinen negativsten Erscheinungsformen kann nicht
30 mehr geleugnet werden.

Casino Royale

Der zweite Bereich ist die globale Ungerechtigkeit. Die aktuelle Hungersnot in der dritten Welt zeigt die dramatischen Auswirkungen der Deregulierung der
35 Weltwirtschaft. Indem selbst der IWF und die Weltbank den Hunger als eine Gefahr anerkennen und zu einem Umdenken mahnen, wird deutlich, wie schlimm die Lage wirklich ist. Wenn sich diese Institutionen nun aber als Retter der Armen aufspielen wollen, so ist das mehr als nur zynisch. Es waren gerade die Struktur Anpassungsprogramme dieser Institutionen, die zu einer dramatischen
40 Zuspitzung der sozialen Ungleichheit und zur Verschärfung der Armut geführt haben. Durch „Stadtsanierungsprogramme“ wurden die Menschen sogar noch aus den Armenvierteln vertrieben und gezwungen, auf unsicherem oder verseuchtem Boden – sogar auf Mülldeponien – zu leben, weil sie sich die wuchernden Mieten in den Armenvierteln nicht mehr leisten konnten. Die profitabelsten Wohnungsmärkte in der
45 dritten Welt sind die Slumviertel ihrer Millionenstädte.

Die einseitige Öffnung und Deregulierung der Weltmärkte hat auf der anderen Seite dazu geführt, lokale Wirtschaftskreisläufe zu zerstören und die Armut zu vergrößern. IWF und Weltbank haben nun Angst vor der Krise, die sie selbst befördert haben,

indem sie Länder dazu zwingen, ihre Sozialprogramme zu streichen und staatliche Leistungen abzubauen.

Stirb an einem anderen Tag

5 Die repressiven Hartz IV Regelungen und die Ermöglichung eines ausufernden Niedriglohnsektors sind das entsprechende Strukturanpassungsprogramm für Deutschland. Dieser Entwicklung, die von Rot-Grün begonnen wurde und von der großen Koalition noch verschärft wird, wollen wir uns entgegen stellen. Wir müssen Alternativen dazu aufzeigen. Die Politik ist nicht durch die Globalisierung handlungsunfähig geworden, sondern hat diese Handlungsunfähigkeit selbst befördert. Ihre neoliberale Politik hat die Ungerechtigkeit verschärft. Wir Jusos sind fest davon überzeugt, dass eine andere Politik möglich ist, die jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir lassen uns nicht einreden, die neoliberale Spielart des internationalen Kapitalismus sei alternativlos.

15

DIAMANTENFIEBER – Die falschen Versprechungen der Ökonomie

Gerade in den letzten Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich so deutlich gewachsen, dass die Gerechtigkeitslücke nicht mehr geleugnet werden kann. Für Millionen von Menschen ist es nicht mehr möglich, an der Gesellschaft Teil zu haben, wie sie ihnen im Medienspektakel vorgeführt wird, da sie keine Möglichkeit haben, ihre Situation – und sei ihr Engagement auch noch so groß – über den Augenblick hinaus zu verbessern. Durch Arbeit – wenn sie überhaupt noch welche haben – können sie nur ihr Überleben sichern. Der abgehängte Teil wird, damit es ruhig bleibt, am Rand der Gesellschaft stillgehalten, indem man für ihn ein buntes Medienspektakel inszeniert.

20 Auf Josef Ackermann wird dabei gerne von allen Seiten geschimpft, um ihn als „den bösen Kapitalisten“ hinzustellen, damit niemand bemerkt, dass das Problem nicht der Chef der Deutschen Bank, sondern das Finanzsystem ist. Auf dem Finanzmarkt können in kürzester Zeit riesige Gewinne erzielt werden, aber genauso schnell, wie Gewinne entstehen, kann es auch zu einer Krise kommen. Dieses System, dessen fester Bestandteil die Krisen sind, muss verändert werden.

30

Im Geheimdienst Ihrer Majestät

Jeder Versuch, sich der vorherrschenden Ideologie zu entziehen, wird kriminalisiert. Die Verfolgung kritischer WissenschaftlerInnen im Vorfeld der G8-Proteste hat dies noch einmal deutlich gezeigt. Überwachungsmaßnahmen werden unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung immer weiter ausgedehnt. Dies schränkt die Freiheit ein und untergräbt das demokratische Bewusstsein. Die Anwesenheit von Überwachungskameras reicht schon aus, damit Menschen ihr Verhalten – oftmals unbewusst – anpassen.

40 Eine soziale Gesellschaft braucht keine angepassten Mitläufer. Wir kämpfen für eine reale, gelebte Demokratie, die den Menschen nicht nur die Möglichkeit zur Beteiligung gibt, sondern auch die materiellen Voraussetzungen zur Beteiligung schafft und alle Menschen aktiv einbindet. Diese Art von Demokratie ist für uns das Idealbild der herrschaftsfreien Gesellschaft, die wir erstreben.

45

THUNDERBALL - Lebensumstände gegen Statistik

Täglich wird mit wissenschaftlichen Methoden „nachgewiesen“, wie gut es der Mensch im westlichen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts hat. – Die Schattenseiten des neoliberalen Kapitalismus werden dabei ausgeblendet. Der gefeierte Rückgang der Arbeitslosigkeit verliert seinen Glanz, wenn man sieht, dass die neuen

50

Arbeitsplätze fast ausschließlich in Bereichen geschaffen worden sind, die unsicher und schlecht bezahlt sind – im Niedriglohnsektor und der Leiharbeit. Die Menschen können es sich nicht aussuchen, ob sie diese Arbeitsverhältnisse wollen, sie sind gezwungen zu arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie haben nur ihre Arbeitskraft und die müssen sie auf dem Markt anbieten. An diesem Punkt zeigt sich der grundlegende Konflikt dieser Gesellschaft: der Widerspruch von Kapital und Arbeit.

Schlimmer geht es immer – aber besser eben auch!

Wenn die Menschen beginnen, sich über ihre tagtägliche Lebenserfahrung zu beschweren, wird schnell darauf hingewiesen, dass auf hohem Niveau gejammert werde („Wir haben hier nicht die Armut von Äthiopien.“). Dieses Argumentationsmuster wurde solange wiederholt, dass man sich inzwischen leichter vorstellen kann, dass die Menschheit von einem Angriff aus dem All vernichtet wird, als dass der Kapitalismus endlich ist.

Die Menschen sind dieser Sachzwanglogik nicht hilflos ausgeliefert. Die Gesellschaft in ihrer heutigen Form ist historisch entstanden und kann auch verändert werden. Eine vernünftige Politik muss sich wieder auf die Menschen konzentrieren und ihnen die Möglichkeit geben, die Gesellschaft selbst zu gestalten. Im Zentrum dieser sozialistischen Politik steht die Selbstbestimmung der Menschen. Für uns ist der Mensch weder gut noch böse – er ist lernfähig.

Alle (staatlichen) Versuche, die Menschen mit Arbeitszwang in ein System zu drängen, dass die Bedürfnisse einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen nicht mehr erfüllen kann, lehnen wir ab. Wir glauben, dass die Emanzipation von Menschen nicht nur durch den Staat stattfinden kann. Vielmehr müssen den Menschen Handlungsoptionen eröffnet werden, die es ihnen erlauben, sich selbst zu organisieren.

Projekte 008

1. Die Kampagne „Gute Arbeit“

Man lebt nur zweimal – Der doppelt freie Lohnarbeiter

Vor über 100 Jahren war es noch sehr abstrakt, als Karl Marx schrieb, dass Arbeitskraft eine Ware wie jede andere ist. Heute braucht man diesen Umstand keinem Leiharbeiter mehr zu erläutern, weil er es jeden Tag am eigenen Leibe deutlich erfährt. Der Schein, es ginge dem Unternehmer um den Menschen, den er beschäftigt, verfliegt, wenn man sieht, wie einzelne Personen zwischen mehreren Arbeitsplätzen aufgeteilt werden. Der Arbeiter verkauft sich selbst der Leihfirma und seine Arbeitskraft wird dann auf einem dafür neu geschaffenen Markt gehandelt.

Bis zum Jahr 2003 durften Leiharbeiter nur bis zu 24 Monate in einem Betrieb arbeiten. Mit der Abschaffung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ist es heute möglich, dass Leih- und Zeitarbeiter unbefristet und beliebig oft angestellt werden können. Somit macht es für einen Unternehmer keinen Unterschied mehr, ob er jemand fest einstellt oder ob er einen Leih- oder Zeitarbeiter einstellt.

Die Leiharbeit hat aber für den Unternehmer einige große Vorteile. LeiharbeiterInnen können viel schlechter bezahlt werden, sie haben vor Ort keine gewerkschaftliche Vertretung und werden auch zur Ermittlung der Größe des Betriebsrats nicht mit einbezogen.

Durch die Leiharbeit werden die ArbeiterInnen doppelt ausgebeutet. Einmal durch das Unternehmen, in dem sie produktiv tätig sind und durch die Verleihfirma, die ihren Mehrwert noch zusätzlich abschöpft. Somit verschärft sich die Situation des doppelt freien Lohnarbeiters noch weiter. Er hat die Freiheit seine Arbeitskraft zu verkaufen, ist aber auch frei von Kapital und muss deshalb seine Arbeitskraft auf den Markt tragen. Für den Leiharbeiter kommt noch hinzu, dass nicht nur ein Unternehmer über ihn bestimmt, sondern beide. Seine Freiheit ist dadurch noch weiter eingeschränkt.

10 **Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ für den Juso-Bezirk Braunschweig**
Wir Jusos haben entschieden, in diesem Jahr die Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ zu starten. Gemeinsam mit Bündnispartnern und Betroffenen sollen die Probleme in der heutigen Erwerbsarbeit dargestellt und Bedingungen für „Gute Arbeit“ definiert werden.

15 **Arbeitsgruppe Wirtschaft / Zukunft der Arbeit**

Die bezirksweite Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Themenbereich Wirtschaft, möchte dabei aber auch Blicke in andere Bereiche werfen. Es sollen Fragen rund um das Steuersystem diskutiert werden und der Frage nachgegangen werden: Wie kann man Steuern sozial gerechter machen? Dabei sollen insbesondere die unterschiedlichen Steuersätze und Schlupflöcher unter die Lupe genommen werden. Daneben sollen aktuelle Diskussionen aus dem Themenbereich Wirtschaft und Arbeit – z.B. Mindestlohn, Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und auch das Thema Leiharbeit – aufgegriffen werden. Die Kampagne „Gute Arbeit“ wird in dieser Gruppe inhaltlich begleitet werden.

25 Die Projektform der Arbeitsgruppe, die sich unabhängig trifft, bietet interessierten Mitgliedern des Bezirks Gelegenheit zum Austausch und zur Diskussion. Vielleicht gelingt es uns auch gemeinsam ein Zukunftsvision zu erdenken, wie Steuern und Arbeit in Zukunft aussehen sollen.

30 **2. „Umbau statt Abbau“ – Projekt Sozialstaat**

Gesundheit

35 Mit der Gesundheitsreform 2003 waren tief greifende Leistungskürzungen sowie strukturelle Veränderungen verbunden, da seitdem das Krankengeld nicht mehr paritätisch von den Sozialpartnern finanziert wird. 2006 konnte der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen nur durch massive Beitragserhöhungen erhalten werden.

40 Bei den „Gesundheitsreformen“ 2003 und 2006 blieben die Privilegien der privaten Krankenkassen unangetastet, während die gesetzlich Versicherten massiv belastet wurden. Das deutsche Gesundheitssystem ist somit durch eine Zweiklassengesellschaft geprägt. Diese Ungleichheit verdeutlicht exemplarisch der geplante Gesundheitsfonds, der den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen durch das Umlageprinzip einführen soll. Jede gesetzliche Krankenkasse soll für jede Versicherte/jeden Versicherten einen Betrag aus einem Topf erhalten. Sollte dieser Betrag nicht ausreichen, kann unabhängig vom Beitrag eine kleine Kopfpauschale erhoben werden. Davon wären gerade die BezieherInnen kleinerer und mittlerer Einkommen sowie ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen betroffen. Aus sozialen Gesichtspunkten ist dies nicht tragbar!

Darüber hinaus symbolisiert der geplante Gesundheitsfonds den Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale, weil der Zusatzbeitrag alters- und leistungsunabhängiger erhoben werden soll.

5 Wie Jusos lehnen den geplanten Gesundheitsfond entschieden ab! Unser Leitbild bleibt weiterhin die solidarische Bürgerversicherung, die auch Mieten und Kapitalerträge bei der Beitragsberechnung berücksichtigt.

Sozialstaat

Der Mainstream

10 Vielfach wird in Deutschland argumentiert, die Lohnnebenkosten seien zu hoch und Arbeit zu teuer. In diesem Zusammenhang wird außerdem angeführt, die Löhne seien zu hoch, die Deutschen hätten zu viele Urlaubstage und eine zu hohe Krankheitsrate. Seit den neunziger Jahren ist daraus eine Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden. Das Credo des politischen Mainstreams lautet: Um international wieder wettbewerbsfähig zu werden, müssten massiv soziale
15 Leistungen abgebaut werden, da Deutschland nur so gegen den internationalen Druck bestehen könne. Nach diesen Ansichten sollen die Menschen vollständig auf sich allein gestellt die Lebensrisiken, wie z.B. Krankheit und Arbeitslosigkeit, absichern.

20 Dahinter versteckt sich ein Gesellschaftsbild, das darauf abzielt, die gesellschaftliche Spitze reicher zu machen, während zahlreiche Menschen massiv vom sozialen Abstieg bedroht werden, und teilweise sogar ohne Aufstiegschancen bereits sozial abgehängt sind.

Aber...

Auch die Agenda 2010 war in dem Denken verhaftet, durch massive soziale
Einschnitte die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland
wiederherzustellen. An dieser Stelle muss nachdrücklich festgestellt werden, dass
weder die Deregulierung des Arbeitsmarktes noch die Einschränkung des
30 Kündigungsschutzes eine Zunahme von sozialversicherungspflichtigen und tarifgebundenen Arbeitsplätzen bewirken. Gleiches gilt für die staatlichen Leistungskürzungen. Zusammenfassend betrachtet war die Agenda 2010 ausschließlich angebotsorientiert, während die nachfrageorientierten Komponenten wie beispielsweise die volkswirtschaftliche Nachfrage und der Konsum völlig
35 vernachlässigt wurden.

Die Agenda 2010 wurde auch durch die vermeintliche „Kostenexplosion“ des Sozialstaates legitimiert. Aber auch diese Argumentation erweist sich als wenig überzeugend, weil beispielsweise der Anteil der Renten und des Gesundheitswesens am Bruttoinlandsprodukt seit über zwanzig Jahren stabil ist. Darüber hinaus bewirkt
40 nicht der vielfach zitierte „demografische Wandel“ die „Kostenexplosion“ des deutschen Sozialstaates, sondern das Zusammenspiel von Arbeitslosigkeit, sinkender Lohnquote und sozialversicherungsfreier Arbeit.

Hartz IV

45 Ein entscheidender Einschnitt in den deutschen Sozialstaat war die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Nach der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I fallen Arbeitssuchende automatisch auf Sozialhilfeniveau. Wer nicht bereit ist, schlechter bezahlte Arbeitsverhältnisse anzunehmen, dem werden die Bezüge gekürzt. Außerdem wirkt an der Hartz IV Gesetzgebung besonders fatal,
50 dass Arbeitssuchende ihre Ersparnisse bis auf eine Anrechenbarkeit von 200 € pro Lebensjahr aufbrauchen müssen. Durch die Kombination von der extrem kurzen

Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und den Bezugsbedingungen wird der soziale Abstieg von Menschen schnell vollzogen, wenn sie innerhalb eines Jahres keinen neuen Arbeitsplatz finden. Auf diese Weise wird Druck auf Menschen aufgebaut, wenn möglich jedes Beschäftigungsverhältnis anzunehmen, auch wenn dieses
5 beispielsweise unter den Bereich der prekären Arbeit fällt (Niedriglohnsektor, befristete Arbeitsverträge etc.) oder mit hohen persönlichen Belastungen verbunden ist (weite Entfernung vom Wohnort, Trennung vom Lebenspartner/Familie und Freunden).

10 Eine Politik, die sich der Würde des Menschen und der Chancengleichheit verpflichtet fühlt, kann derartige Maßnahmen nicht akzeptieren. Die Auswirkungen der Hartzgesetze müssen endlich kritisch hinterfragt und behoben werden. Die Verlängerung der Auszahlung des ALG I für Ältere kann da nur ein erster Schritt gewesen sein. Der ALG II-Satz muss erhöht und regelmäßig angepasst werden. Die Bezüge für Kinder und Jugendliche decken derzeit bei weitem nicht den wirklichen
15 Bedarf. Der Zwang zur Übernahme jedweder Arbeit ist inakzeptabel – Ein-Euro-Jobs vernichten reguläre Beschäftigung.

Aufgaben des Sozialstaates

20 Für uns Jusos ist es zentrale Aufgabe des Sozialstaates, Armut und Ausgrenzungen zu verhindern und allen Menschen die gesellschaftliche und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem gilt, dass Menschen (nur) im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der solidarischen Finanzierung des Sozialstaates beteiligt werden dürfen. Dass dies in unserem Land nicht mehr der Fall ist, zeigen folgende Fakten: Während die
25 oberen 10 % der Bevölkerung knapp die Hälfte des Privatvermögens besitzen, verfügen die unteren 50 % gerade einmal über 4 % des Privatvermögens. Deshalb ist es für uns auch eine zentrale Aufgabe des Sozialstaates, für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Umverteilung zu sorgen. Dabei darf besonders die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

30 Welche soziale Bedeutung ein intakter Sozialstaat hat, zeigt auch folgendes Beispiel: Bereits heute sind 13 % der deutschen Bevölkerung von Einkommensarmut betroffen. Ohne staatliche Transferleistungen würden jedoch 41 % der Bevölkerung von der Einkommensarmut betroffen sein. Allerdings darf die staatliche Umverteilung eine angemessene Entlohnung für Arbeit nicht ersetzen.

35 Eine weitere zentrale Aufgabe des Sozialstaates ist es, durch individuelle Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen und öffentliche Bildung den Teufelskreis von sozialer Herkunft und Lebensperspektiven zu durchbrechen.

Unsere zentrale Aufgabe: Umbau statt Abbau

40 Wir Jusos im Bezirk Braunschweig wollen uns an den Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaats aktiv beteiligen. Wie können wir für mehr Gerechtigkeit und soziale Teilhabe sorgen? Wie können wir den Sozialstaat zukunftsfest machen, ohne dabei den Leistungskatalog zusammen zu streichen?

45 Außerdem wollen wir Jusos im Bezirk Braunschweig konkret den Sozialstaat, seine Finanzierung sowie seinen Leistungskatalog analysieren, um auf diese Weise Umbauperspektiven zu entwickeln.

3. Wie funktioniert die Globalisierung? – Theorie-Projekt

Leben und sterben lassen – Folgen der Globalisierung

50 Die derzeitige Lebensmittelkrise zeigt in dramatischer Weise die Entkoppelung der Finanzmärkte von der realen Wirtschaft; durch Finanzspekulationen werden die

Preise künstlich in die Höhe getrieben. Das Kapital suchte nach der Krise auf dem US-Immobilienmarkt neue Anlagemöglichkeiten und fand sie bspw. in den Terminbörsen der Agrarindustrie. Dies hatte für die Menschen dramatische Folgen – sie hungerten.

5 In der Theorie klingen die Folgen der Globalisierung meist sehr abstrakt und harmlos. Deregulierung klingt nicht nach Elend und Armut für Millionen von Menschen. Das globale Kapital konnte sich in letzter Zeit immer mehr von nationalen Regierungen unabhängig machen, weil die großen Industrieländer – zu denen auch Deutschland gehört – es ihm ermöglichten. Internationale Organisationen haben mit
10 Krediten dafür gesorgt, dass die Märkte der zweiten und dritten Welt geöffnet wurden. Unternehmen fliehen nicht mehr nur aus den Industrieländern in die Billiglohnländer, es hat sich mittlerweile sogar ein Lohnkampf zwischen den Billiglohnländern entwickelt.

15 **Moonraker**

Die klaren Verhältnisse aus der Zeit des Kalten Krieges existieren nicht mehr. Mit der Globalisierung hat sich auch das weltweite Machtgefüge verändert. Kein Staat – auch nicht die USA – ist mehr in der Lage, die Welt zu kontrollieren. Das Scheitern der Kriege im Irak und in Afghanistan trotz militärischer Überlegenheit belegt dies.
20 Genauso werden Versuche scheitern, sich durch Raketenabwehrschilde gegen eine Gefahr abzusichern, von der man nicht einmal weiß, woher sie kommt. In Deutschland hat diese neue Weltordnung zu einem „neuen Nationalbewusstsein“ geführt.

25 **Das Projekt**

Wenn wir Jusos uns mit den Folgen der Globalisierung beschäftigen, muss es uns vor allem um die Menschen gehen. Wir müssen analysieren, wie sie in diesem System handeln. So steht dem freien Warenverkehr auf der einen Seite die Festung Europas gegen Einwanderer gegenüber. Waren aus afrikanischen Werkstätten
30 finden in Containerschiffen schnell den Weg nach Europa, während die Menschen im Mittelmeer mit selbstgebauten Flößen ertrinken. Der ungezügelte globale Kapitalismus ist kein abstrakter Begriff, er ist ein System von Macht und Herrschaft, das Menschen unterdrückt. Dieses kapitalistische System gilt es politisch zu bekämpfen.

35 Dies ist nur eine grobe Skizze der Ursachen und Folgen der Globalisierung. Sie zeigt, dass es in der internationalen Politik kein „weiter so“ geben darf. Bevor wir uns aber über neue Entwicklungsstrategien Gedanken machen können, müssen wir uns zunächst damit auseinandersetzen, welche Folgen das „System Globalisierung“
40 wirklich hat und wie sie zu deuten sind.

4. Projekt: „Europas Zukunft gemeinschaftlich gestalten“

45 **Problemfeld: Rechtsextremismus**

Gleichzeitig zur Ausdehnung des neoliberalen Globalisierungsdogmas ist die Nation wieder in den Mittelpunkt gerückt. Die unpersönliche, unbarmherzige Globalisierung soll dadurch aufgefangen werden, dass man sich wieder in den vertrauten Schoß des Nationalstaates begibt. Dieses zeigt sich bspw. an der von der Union geführten
50 Patriotismus-Debatte. Wir Jusos werden nicht dabei mitmachen, einem angeblichen

Nationalstolz hinterher zu rennen und andere Staaten und deren BürgerInnen als Konkurrenten zu sehen. Wir sind Internationalisten und werden es bleiben.

5 Wir, die Jusos aus dem Bezirk Braunschweig, wollen den Rechtsextremismus weiterhin mit allen Mitteln bekämpfen. Demos werden unterstützt mit Frau, Mann und Fahne. Nazis dürfen nirgendwo Fuß fassen! Die Zeiten, in denen SozialdemokratInnen von den Nazis verfolgt wurden, dürfen nicht wiederkommen. Es muss für uns ein nie verblissenes Ziel sein, Aufklärungsarbeit über Rechtsradikalismus zu leisten. Die Akzeptanz bei den Bürgern darf nicht steigen.
10 Antidemokratisches Gedankengut bleibt antidemokratisches Gedankengut, auch wenn die Verpackung sich verändert hat.

Zusammenarbeit statt Wettbewerb: Europa als Lösung

15 Seit nunmehr 50 Jahren gehen die verschiedenen Nationen der Europäischen Union mit dem Ziel der Völkerverständigung einen gemeinsamen Weg. Europa, das mittlerweile durch 27 Mitgliedstaaten gefestigt ist, prägt die Weltpolitik in einem entscheidenden Maße mit. Um diesen Verständigungsprozess weiterhin zu stärken, bedarf es eines intensiven Blicks in die Zukunft und somit einer aktiven Beteiligung der Jugend.

20 Wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig fühlen uns demnach verpflichtet unser politisches Handeln an diesem Grundprinzip der Europäischen Integration zu orientieren.

Mit dieser grundsätzlichen Entscheidung positionieren wir uns gegen jegliche Form von Faschismus. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine weitere Demokratisierung
25 der Europäischen Union aus.

Aus diesem Gedanken lassen sich folgende Ziele unseres Handelns ableiten:

- weitere Bündelung der jungen sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte in der Gemeinschaft
- 30 - stetiger Austausch junger Menschen über den Weg der aktiven Jugendbegegnung
- die Förderung des Europäischen Dialogs zwischen Jung und Alt

35 Mit der Festschreibung dieser Ziele möchten wir als Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig dazu beitragen, dass die jungen Menschen in der europäischen Union nicht nur übereinander reden, sondern viel mehr und intensiver miteinander kommunizieren. Das Projekt „Europa gestalten“ soll einen ersten Anstoß dazu geben.

40

Die Zukunft der SPD

Sag niemals nie

45 Nach dem Hamburger Programmparteitag und der eindrucksvollen Bestätigung des demokratischen Sozialismus und der marxistischen Gesellschaftsanalyse als Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik wurde schnell von einer vermeintlichen Linkswende der Partei gesprochen, während an der tatsächlichen Politik ein solcher Umschwung nach links nicht erkennbar ist. Das Argument der Linkswende wird gerade vom Seeheimer Kreis dazu herangezogen, sich jetzt wieder mehr auf die
50 Tagespolitik zu konzentrieren und Programm Programm sein zu lassen. Mit dem

Argument, man dürfe sich nicht von der CDU treiben lassen, wird allerdings nicht nur eine strategische, sondern auch eine inhaltliche Agenda verfolgt.

5 Nach wie vor ist das Umfragetief nicht überwunden. Auf der Suche nach den Wählern sollte jedoch eines nicht aus dem Auge gelassen werden: „Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokratie zu organisieren, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“ (Willy Brandt)

Goldfinger – Konsolidieren und Privatisieren

10 Dass es innerhalb der SPD keine Linkswende gegeben hat, wurde schon ein halbes Jahr nach dem Hamburger Parteitag durch das sklavische Festhalten am Gesundheitsfonds und durch die Ankündigung, eine „Schuldenbremse“ einzuführen, deutlich. Noch fataler ist aber der Kompromiss zur Bahnprivatisierung: Nicht nur, dass sie inhaltlich falsch ist, sondern vor allem wie Parteivorstand und Parteirat sie gegen den Bundesparteitagsbeschluss und das Versprechen des Parteivorsitzenden durchgepeitscht haben, trennt die Parteispitze immer weiter von der Basis.

Liebesgrüße aus Moskau - DieLinkePunkt

20 Mit den Wahlerfolgen der LinkenPunkt hat sich ein 5-Parteien-System im Westen auch in den Flächenstaaten etabliert. Die 7 Prozent in Niedersachsen resultieren dabei zum Einen aus der Unfähigkeit der SPD, aktive Genossen und Genossinnen zu binden, zum Anderen aus den Nachwirkungen des Glaubwürdigkeitsverlustes, der bis auf die kommunale Ebene durchgeschlagen ist.

25 Mit der LinkenPunkt hat sich eine neue Partei etabliert, die jedoch nicht als neues Feindbild dienen kann. Je mehr man sie isoliert, desto stärker wird ihre Anziehungskraft als „Protestpartei“ und desto geringer die Chance, zukunftsfähige linke Projekte auf Landes- und Bundesebene durchzusetzen.

Im Angesicht des Todes – Auswertung Landtagswahlkampf

30 Bei der Landtagswahl Anfang des Jahres hat die SPD ein niederschmetterndes Ergebnis eingefahren, wofür es verschiedene Ursachen gibt. Der Wahlkampf ist – trotz des großen Engagements der Jungen Teams – suboptimal gelaufen.

35 • „BASIS“ ist der falsche Name für eine zentralisierte Wahlkampforganisation. Es ist zudem ein Widerspruch, den Parteigliederungen keine finanziellen und inhaltlichen Gestaltungsfreiheiten zu lassen und gleichzeitig kreativen Wahlkampf voller Enthusiasmus zu erwarten. Die im Gegenzug versprochene organisatorische Leistung der „BASIS“ ließ ebenfalls zu wünschen übrig.

40 • Ein inhaltloser Landesparteitag als reine Jubelveranstaltung ist nicht unser Anspruch an eine ausstrahlungsfähige Partei. Konfettikanonen haben auf Parteitag nichts zu suchen! Eine „Amerikanisierung“ des Wahlkampfes, bei der der Erfolg einer Veranstaltung an der Lautstärke des Jubels festgemacht wird, lehnen wir ab.

45 • Wolfgang Jüttner als Spitzenkandidat hat das SPD-Wahlprogramm glaubwürdig vertreten; ein Problem war jedoch die mangelnde Unterstützung des „linken“ Wahlprogramms durch Teile der Landtagsfraktion sowie der Führungsriege der Partei.

Kurt Beck jagt Dr. Merkel?

50 Die Zukunft der Partei hängt davon ab, die im Hamburger Programm festgeschriebene Grundwerteorientierung nun in Regierungshandeln umzusetzen.

In einer großen Koalition gilt: Wer schon mit einem Kompromiss in die Verhandlung geht, muss sich nicht wundern, wenn er über den Tisch gezogen wird. – Dabei reicht

es nicht, sich hier und da ein wenig von der CDU abzugrenzen, die SPD muss vielmehr eine eigene Vision einer gerechten Gesellschaft entwickeln. Kompromisse sind unattraktiv – wenn die SPD nicht einmal in einer großen Koalition richtungsweisende Maximalforderungen erhebt, kann sie auch nicht erwarten, im Wahlkampf mit Gerechtigkeitsparolen ernst genommen zu werden.

Der Politik der SPD fehlt die gesamtgesellschaftliche Perspektive - das linke Profil. Statt den Sachzwang zu verwalten und zu versuchen mit Einzelprojekten hervorstechen (Biosprit), muss sich die Partei wieder der ursprünglichen Zielgruppe sozialdemokratischer und sozialistischer Politik zuwenden. Der Teil der Gesellschaft, der keinen Anteil an der gesellschaftlichen Macht hat und den die Härte des Wirtschaftssystems am meisten trifft, muss wieder zum Ausgangspunkt für zukünftige Politik werden. Diesen „Teil ohne Anteil“ findet man nicht in einem festen Normalarbeitsverhältnis oder in der so genannten Mitte der Gesellschaft.

Das Maß der Mitte ist das Mittelmaß.

Die Mitte ist keine politische Richtung und sie ist vor allem kein fester Ort, um den man sich versammeln kann. Die Mitte in der politischen Landschaft orientiert sich am Querschnitt der von den politischen Parteien vertretenen Meinungen; sie ist der Kompromiss zwischen verschiedenen Ansichten und kann deshalb selbst kein innovatives Programm enthalten. In der Zivilgesellschaft ist die Mitte das stabilisierende Element, das nicht zuletzt die ökonomische Basis vor Veränderungen schützt. In der Mitte als politischer Ideologie laufen also die Systemzwänge des Kapitalismus und die Besitzstandswahrung der MandatsträgerInnen und (Außen-)Minister zusammen. Das Ziel, irgendwie an der Macht zu bleiben, verhindert ausstrahlungsfähige Projekte; die Mitte als geistige Krücke politischer Orientierung verdeckt dabei nur notdürftig eine Ideenlosigkeit, die die Mehrheit der Bürger nicht für sich gewinnen kann.

Quantum of Solace – Der Juso-Verband

GoldenEye – Die Partei von links erobern

Das Interesse junger Menschen an linken Politikalternativen ist in der letzten Zeit wieder gestiegen. Um diese Zielgruppe anzusprechen, müssen die Jusos eine Plattform bieten, auf der sie diese Alternativen zur neoliberalen Alltagsmeinung diskutieren und entwickeln können. Darum braucht der Juso-Verband ein klares linkes, inhaltlich fundiertes Profil. Wenn sich die Jusos nur als Karrieresprungbrett in die Partei hinein darstellen, werden sich genau diese Jugendlichen, die bereit sind neue politische Ansätze zu diskutieren – eine andere Plattform suchen.

Dabei ist für uns Jusos klar, dass eine zukunftsfähige Politik nur mit der SPD zu erreichen ist, aber wir müssen uns die Freiheit erlauben, diese Verbundenheit zur SPD immer wieder auch kritisch zu hinterfragen. Die rot-grüne Koalition hat – als sie 1998 die Regierung übernommen hat – ein Projekt dargestellt, dass die 16 Jahre Stillstandspolitik unter Helmut Kohl beenden wollte. Wir Jusos kämpfen in der SPD dafür, ein neues sozialdemokratisches Projekt zu entwickeln. Unser Ziel kann sich nicht darin erschöpfen, an der Regierung beteiligt zu sein und das Schlimmste zu verhindern.

Die SPD muss wieder eine starke linke Volkspartei werden. Die Jusos können das aber nicht alleine schaffen, wir brauchen dafür die Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der Gewerkschaften. Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten von Jusos und Gewerkschaften müssen wir wieder mehr in den Mittelpunkt stellen. Durch innerparteilichen Druck, Kooperation mit Bündnispartnern und Teilnahme an gemeinsam initiierten Demos werden wir es schaffen, die SPD wieder dort zu verorten, wo sie hingehört – als linke Volkspartei, die auch gerade für diejenigen Menschen kämpft, die sich selbst keine Öffentlichkeit schaffen können. Zu erfolgreicher Juso-Arbeit gehört auch immer der kulturelle Teil. Dazu gehört nicht nur, politisch zu diskutieren und zu kämpfen, sondern sowohl unsere Erfolge ausgiebig zu feiern, als auch im Bewusstsein unserer langen Tradition Arbeiterlieder zu singen.

Qualifikation der Jusos in den Unterbezirken

Die Basis der Juso-Arbeit bilden die Unterbezirke. Dies zeigte sich nicht nur im Landtagswahlkampf. Auch für innerparteiliche Kampagnen sind die Unterbezirke als Multiplikatoren der im Bezirk gemeinsam erarbeiteten Positionen unverzichtbar. Wir haben es als Verband geschafft, die Zahl der Aktiven wieder zu steigern und insbesondere Jüngere für die Jusos zu begeistern. Um die Bildungsarbeit des Verbandes auf einem hohen Niveau fortsetzen zu können, muss diese konsequent ausgebaut werden. Zentraler Baustein sind dafür die Seminare des Bezirks, die junge Menschen über interessante inhaltliche Angebote ansprechen und begeistern. Die letzten Monate haben gezeigt, dass es wieder mehr Interesse bei den Jusos daran gibt, über grundsätzliche politische Fragen zu diskutieren. In dieser Entwicklung liegt ein großes Potential, dass wir aufgreifen wollen.

Der Mann mit der riesigen Rückwand – Landesverband

Das Thema der Abschaffung der Bezirke wurde uns nach der Landtagswahl erneut von der Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Um eine kontinuierliche Arbeit vor Ort zu gewährleisten und Engagement über die Unterbezirke hinaus zu ermöglichen, sprechen wir uns gegen die ersatzlose Abschaffung der Juso-Bezirke aus. Einer Stärkung des Juso-Landesverbandes sind wir nicht grundsätzlich abgeneigt, sie ist aber nur dann sinnvoll, wenn alle 4 Bezirke die inhaltliche Arbeit mittragen und der Landesverband die Arbeit der Landes-SPD kritisch mit unseren Alternativvorschlägen begleitet. Jusos dürfen sich auf keiner Ebene zu reinen Abnickern oder zur Jubeltruppe der SPD degradieren lassen. Momentan ist festzustellen, dass sowohl die Beteiligung aller Bezirke an der Arbeit des Landesverbandes lückenhaft ist, als auch, dass es nicht gelungen ist, den Landesvorstand zu einer klaren Einflussnahme auf die Partei und zu einer klaren Vertretung von Juso-Positionen zu bewegen. Es ist derzeit weder ein inhaltliches Projekt noch eine klare Vision seitens des Landesvorsitzenden für den Juso-Landesverband zu erkennen. Unter diesen momentanen Umständen macht eine Stärkung des Landesverbandes keinen Sinn. Außerdem ist es für uns notwendig, kritisch zu prüfen, welche der derzeitigen inhaltlichen Projekte auf Landesebene sinnvollerweise fortgesetzt werden können.

50

For Your Eyes Only – Bezirksveranstaltungen 008/009

Bezirksvorstandssitzungen (BeVo)

- 5 Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Zum Bezirksvorstand können alle Jusos des Bezirk kommen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Auf jeder Sitzung soll ein inhaltliches Thema vorgestellt werden, über das wir dann diskutieren wollen.
- 10 In der Organisationsform des BeVo soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Ergänzend sollen verstärkt alternative Moderationsmethoden und wechselnde Sitzungsleitung im BeVo Anwendung finden, um alle an der Arbeit zu
- 15 beteiligen. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt. Um eine kontinuierliche Kommunikation zwischen dem Bezirk und den Unterbezirken zu ermöglichen und bei Problemen immer erreichbar zu sein, wird jedes Bezirksvorstandsmitglied 1-2 Unterbezirke betreuen.
- 20 Die Ergebnisse der Bezirksprojekte wollen wir in Broschüren veröffentlichen, um die Ergebnisse der Bezirksarbeit in die Unterbezirke zu tragen.

Octopussy – Bezirksseminare

25 • **Basic Seminar**

- Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden. Die Basic-Seminare finden halbjährlich und darüber hinaus auf Anfrage der
- 30 Unterbezirke statt.

• **Basic Plus**

- Das Basic-Seminar wird um einen weiteren Teil ergänzt, der parallel stattfindet und sich an diejenigen richtet, die schon mal am Basic-Seminar teilgenommen haben und nun weitergehende Fragen diskutieren wollen.
- 35

• **Orga-Seminar**

- Das Orga-Seminar soll die organisatorischen Fähigkeiten der Jusos im Bezirk Braunschweig verbessern. Dabei sollen an konkreten Vorhaben der Unterbezirke und Juso-AGen die Grundlagen der Projektorganisation und der Sitzungsleitung geübt werden. Das Orga-Seminar soll somit Ausgangspunkt der Arbeit der Unterbezirke sein; es findet in Absprache mit einzelnen Unterbezirken statt.
- 40

• **Frühlingsschule und Spätsommerakademie**

- 45 Mit der Frühlingsschule haben wir ein erfolgreiches Seminarekonzept, um die inhaltliche Arbeit auf Bezirksebene auszubauen und Anträge vorzubereiten. Dieses Angebot wollen wir im zweiten Halbjahr um eine Spätsommerakademie ergänzen; neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen
- 50 Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten.

- **Frauenseminar** – siehe Gleichstellungsarbeitsprogramm

- **Bezirksplena**

5 Bezirksplena sind ein Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig, auf denen politische Diskussionen geführt werden. Sie werden vom Bezirk gemeinsam mit dem gastgebenden Unterbezirk durchgeführt. UBs können hier ihre inhaltliche Arbeit oder ihre Aktionen vorstellen. Bezirksplena finden auf Anfrage der Unterbezirke statt.

10 • **Sozialismus braucht Tradition**

Die Reihe „Sozialismus braucht Tradition“ soll wiederbelebt und weitergeführt werden. Neben Kenntnissen über politische und Parteistrukturen ist es für uns Jusos wichtig, die Lebensrealität der Menschen kennen zu lernen, um politische Gestaltung an diesem Punkt anzusetzen. Deshalb wollen wir verschiedene Betriebe in der
15 Region besuchen, uns im Rahmen des Themas „Gute Arbeit“ über die Arbeitsbedingungen informieren und mit Gewerkschaftern vor Ort diskutieren.

Sozialismuskongress 2009 – Power to the People!

20 Als Ergänzung zu den inhaltlichen Projekten und als Abschluss der Neumitgliederveranstaltungen soll im Frühjahr 2009 ein Sozialismuskongress im Bezirk stattfinden. Zusammen mit BündnispartnerInnen und WissenschaftlerInnen sollen praktische Perspektiven kritischer Theorie aufgezeigt werden und der Frage nachgegangen werden: Wie kann man theoretische Erkenntnisse und persönliche Überzeugungen – von Marxismus über Feminismus bis hin zu Internationalismus
25 und Antifaschismus – in praktisches Handeln übertragen?

Licence to Grill

Neben der inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder verstärkt kulturelle Angebote machen. Darunter fällt bspw. gemeinsames Grillen, Filmabende
30 etc.

Der Spion, der mich liebte - Mehr Braunschweig auch anderswo!

Wie in den vergangenen Jahren wollen wir gemeinsam zu Seminaren und Veranstaltungen des Bundesverbandes und des Landesverbandes fahren und dabei
35 sowohl die inhaltliche Arbeit mitgestalten, als auch unsere persönlichen Kontakte in andere Bezirke und Landesverbände pflegen. – Wir grüßen an dieser Stelle auch unsere Exilanten in: Bonn, Frankfurt, Nürnberg, Heidelberg, Liverpool, Wiesbaden und Berlin.

40 • **The Living Daylights – Juso-Landesverband 008/10**

Auch dem Juso-Landesverband soll in Zukunft ein stärkeres Augenmerk gelten. Wir wollen die Zukunft des Landesverbandes mit dem eigens dafür aufgelegten Programm BSSDSJLVDNIDLTW – UANIDBT tatkräftig unterstützen.

45 **Mitgliederwerbung**

In Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk wird der Juso-Bezirk verschiedene Abendveranstaltungen (Diskussionsveranstaltung, Party, ...) für Neumitglieder und Interessierte organisieren.

50